

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Pfen. Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3.— Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1789. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6 Spaltenweitigen mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 14.

Dresden, Sonnabend den 18. Januar 1913.

24. Jahrg.

Die tägliche Rundschau meldet, daß der preussische Finanzminister Senke dem Vermögenszuwachssteuerprojekt Bethmanns entschiedenen Widerstand leistet.

Die nationalliberale Partei erklärt, daß selbstverständlich auch die Nationalliberalen einen wirksamen Schutz der Arbeitswilligen wünschen.

Die Türkei hat eine baldige Beantwortung der Räucherfrage zugesagt.

Die bürgerliche Presse Frankreichs nimmt die Wahl Poincarés zum Präsidenten enthusiastisch auf.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat das neue Einwanderungsgesetz angenommen.

Präsident Poincaré.

Unter Kundgebungen für Pams und Gegenkundgebungen für Poincaré hat gestern die Nationalversammlung zu Versailles den neunten Präsidenten der dritten Republik gewählt. Pams, der seinen Ministerposten bereits niedergelegt hatte, ist also doppelter Verlierer: Poincaré siegte mit 488 Stimmen. Von 867 gültigen Stimmen fielen im ersten Wahlgang auf Poincaré 429, auf Pams 327, Vaillant 63, Deschanel 18, Ribot 16 Stimmen. Da aber die absolute Mehrheit 437 Stimmen beträgt, wurde eine zweite Wahl nötig, bei der 869 gültige Stimmen abgegeben wurden. Davon fielen auf Poincaré 488, Pams 296, Vaillant 69 Stimmen.

Freudiger Jubel im Lager der Anhänger Poincarés begrüßte das Resultat, der neue Präsident selbst aber dürfte keine ungetrübte Freude an dem höchsten Ehrenposten, dem die Republik vergeben kann, haben. Der gestrige Ministerpräsident gelangte nicht als Kandidat der republikanischen Parteien zur heutigen Würde — mit Unterfütterung der Rechten nicht er ins Elisee, und das kennzeichnet seine Persönlichkeit in manchem Punkte.

Der Dreißigjährige, der als Pariser Advokat zeitig das Sprungbrett zur hohen Politik fand, der bereits in mehreren Ministerien gefestigt hat, ist zweifellos einer der forresten bürgerlichen Politiker Frankreichs. Man muß ihm zugestehen, daß er zu einer parlamentarischen Gruppe gehörte, die sich oft nicht nur als verfassungstreu, sondern auch als Anhängerin des republikanischen Fortschritts erwiesen hat. Er hat sich persönlich immer bemüht, ehrliche republikanische und demokratische Wege zu gehen. In der auswärtigen Politik hat er sich ehrlich-friedlicher Lüne bedient, in der inneren Politik blühte ihm das Verdienst, das Proportionalwahlrecht weder gegen Rechte und Radikale verteidigt zu haben. Jedenfalls ist er neben dem durchgefallenen Ackerbau-Minister Pams, dieser kräftigsten politischen Kraft, ein überragender Kopf, und es waren seine fortschrittlichsten Bestrebungen, die ihm eine Segnerkürze der Rechten und Linken eintrugen. Aber neben solchen Vorzügen weist er einen Zug auf, der ihm der Rechten als Präsidentenwahlkandidat sympathisch, der bürgerlichen und sozialistischen Linken aber verdächtig machte: Seine Neigung zum persönlichen Regiment.

In Frankreich ist gegenwärtig eine starke Strömung der öffentlichen Meinung oberhalb, die da wünscht, daß ihr Präsident im Ausland „Eindruck mache“. Die etwas nüchternen Persönlichkeit Armand Fallières' schien den Franzosen während seiner ganzen siebenjährigen Amtszeit keine besonders scharfe Einsicht in die Bedürfnisse und Wünsche des Landes bewiesen zu haben. Diese Sehnsucht des französischen Bürgertums nach dem Manne von Persönlichkeit ist nicht ohne Gefahr. Ein kluger, willenskräftiger, mit den politischen Angelegenheiten wohlvertrauter Präsident wird ganz naturgemäß versucht sein, tatkräftig in die Entwicklung der Republik einzugreifen. Nun gibt die Verfassung von 1875 dem Präsidenten der Republik beträchtliche und unbefreite Rechte, z. B. das der Wahl des Ministerpräsidenten und das des unmittelbaren Verkehrs mit den fremden Regierungen. Lediglich infolge der republikanischen Entwicklung, infolge des fortwährenden Wachstums des Einflusses des aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangenen Parlaments sind diese Rechte tatsächlich eingeschränkt worden. Ein parlamentarisch-demokratisches System, eine wirklich republikanische Verfassung hat das monarchisch-konstitutionelle System von 1875 zum Teil zerstört. Die Popularität der Kandidatur Leon Bourgeois', der Umstand, der bewirkte, daß sie zugleich den Beifall der Parlamentarier und der Nation gewinnen konnte, bestand darin, daß dieser Politiker nicht nur einen hervorragenden Ruf in Frankreich wie in Ausland geniesst, sondern weil er auch dem Parlament die Garantie dafür bot, daß er die republikanische Entwicklung achten werde. Wieset Poincaré die gleiche Gewähr?

Das ist eine der Fragen, die namentlich für unsere französischen Genossen eine der schwerwiegendsten war. Die Fraktion der gemäßigten Sozialisten lehnte es bestimmt ab, sich an den Vorwahlen der Republikaner zu beteiligen. Sie

wollten dadurch zeigen, daß unsere Genossen nicht geneigt sind, die unter den Radikalen ausgebrochenen persönlichen Streitigkeiten für Pams oder wider Poincaré irgendwie mitzumachen. Die Fraktion beschloß, im ersten Wahlgang für Vaillant, im zweiten den Interessen der Republik entsprechend zu stimmen. Daß sie auch im zweiten Wahlgang für Vaillant votierte, kommt einer Stimmhaltung gleich und beweist, daß Poincaré das Vertrauen unserer Genossen nicht hat. Wogu der Umstand beitragen mag, daß angesichts der Freundschaft zwischen Briand und Poincaré der sozialistische Demagoge bei Poincarés Präsidentschaft als der kommende Mann gelten mußte. Manche sehen ihn nunmehr schon wieder auf dem Ministerpräsidentenschemel.

Die sozialistische Fraktion war jedenfalls die einzige, die geschlossen zur Wahl ging. Nicht eine einzige aller andern Fraktionen, von der äußersten bürgerlichen Linken bis zur äußersten Rechten, ist von einer Spaltung verschont geblieben. Keine der bürgerlichen Parteien hatte ein Programm, mit dem sie offen herauszutreten wagte, weder die radikalen, noch die gemäßigten-konservativen noch die ausgesprochen reaktionären. Die Staats- und wirtschaftspolitische Planlosigkeit des Bürgertums findet darin ihren brutalen Ausdruck. Die Parteien wissen, daß von der Persönlichkeit des zukünftigen Präsidenten der Republik die Richtung, die die Exekutive der Legislative auf dem Wege der Reformen vorzuschlagen soll, zum Teil abhängt. Weil sie die Richtung jedoch nicht erkennen, in der sie vorgehen wollen, weil sie nicht den Mut haben zu sagen: wir sind für oder gegen den Schutzzoll, wir sind für oder gegen die unermittelte Einkommensteuer, wir sind für oder gegen die Verwaltungreform und die Dezentralisation, deshalb fiel ihnen auch die Wahl eines Kandidaten so schwer.

Als Fallières gewählt wurde, da gab es noch ein Ziel, das die Linkenrepublikaner einigte: es galt die Trennung von Staat und Kirche durchzuführen, den von Rom aus geleiteten Widerstand der gläubigen Katholiken zu brechen. Seitdem haben sich die Radikalen bei keiner einzigen Gelegenheit mehr so geschlossen zusammengefunden. Alle großen politischen und wirtschaftlichen Fragen haben Spaltungen unter ihnen hervorgerufen. Und die letzten Kammerwahlen haben so viel neue Elemente in die Kammer gebracht, daß die radikale Parteileitung vollkommen die Herrschaft darüber verlor. Man hat erlebt, daß radikale Kongresse Versäufnisse fielen, denen kurz darauf von den Abgeordneten zuwidergehandelt wurde. Man hat gesehen, daß Partei- und Fraktionsvorstände an ganz verschiedenen Strängen zogen. Kleinere Gruppen, wie die republikanisch-sozialistische und die progressistische, konnten bei der Besetzung der Ministerien eine Rolle spielen, welche die Ohnmacht der Radikalen offenbarte. Die Präsidentenwahl war deshalb für die radikale Partei, die immer noch die stärkste ist, eine Lebensfrage.

Da es den Radikalen nicht gelang, ihren Präsidenten durchzubringen, da sich der Wirtwart dieser Partei im Wirtwart der Wahl so drastisch manifestierte, dürfte ihre Zerlegung beschleunigt werden. Eine Reorientierung der Parteien wird der Präsidentenwahl folgen — darin liegt ihre Hauptbedeutung.

Nach der Wahl.

Verfaßtes, 17. Januar. Nach der Nationalversammlung beglückwünschte Senatspräsident Dubost den neuen Präsidenten. Poincaré dankte für den Beweis des Vertrauens der Nationalversammlung. Er werde sich bemühen, sich dessen würdig zu zeigen. Er werde zu jeder Zeit ein unparteiischer Richter sein. Darauf brachte Minister Briand im Namen des Ministerrats seine Glückwünsche zum Ausdruck und sagte: Die Entscheidung der Nationalversammlung bekräftigt die Politik, mit der wir beide so eng verknüpft waren.

Der belebte Brief Clemenceaus an Poincaré — der während des Wahlkampfes geschrieben wurde und ein Duell zur Folge haben sollte — wird, da Clemenceau an den beiden Sekundanten Briand und Kloy loyale Erklärungen gegeben hat, keine Folgen haben. Den Brief hatte Clemenceau auf Grund einer haltlosen Behauptung eines Abgeordneten geschrieben. Dieser Abgeordnete wird nun an Poincaré schreiben, um die Angelegenheit richtig zu stellen.

Die besiegten Radikalen.

Paris, 17. Januar. Im geschlagenen radikalen Feldlager herrscht eine Stimmung, als wären die Vorgänge des heutigen Tages nur das Vorbild zur Obstruktion jeder gedeihlichen parlamentarischen Arbeit. Man darf aber die Trostungen, die unter dem Eindruck der erstanten Niederlage des von Clemenceau auf den Schild erhobenen Pams laut geworden sind, nicht allzu tragisch nehmen. Das künftige Ministerium Briand wird während der ersten Woche manchen Streit gegen die Opposition in der Kammer und im Senat zu bestehen haben, aber zur Auflösung der Kammer dürfte es nicht kommen. Für Pams, dessen Demission als Ackerbauminister angenommen wurde, ist Handelsminister Fernand David einstweilen mit der Verwaltung dieses Ressorts betraut worden.

Die Besitzsteuer.

Die tägliche Rundschau macht einige Mitteilungen über den Stand der Besitzsteuerangelegenheit, die ihr offenbar von gut unterrichteter Seite zugegangen sind. Sie schreibt:

Im Reichsschatzamt ist man, wie wir hören, damit beschäftigt, eine Vermögenszuwachssteuer ausgearbeitet. In der letzten

Bundesratsitzung, bei der die Minister der größeren Bundesstaaten persönlich anwesend waren, ist eine Einigung nicht zustande gekommen, da die Stimmen für und gegen die Vermögenszuwachssteuer, wie schon mitgeteilt, sich fast die Waage hielten. Der Reichskanzler hat erklärt, daß er im Prinzip kein Gegner der Erbschaftsteuer, aber angesichts der parlamentarischen Lage nicht geneigt sei, die neue Besitzsteuer gegen die gesamte Rechte aus den Händen der Sozialdemokratie entgegenzunehmen. Denselben Grund für seine im jetzigen Zeitpunkt ablehnende Haltung gegenüber der Erbschaftsteuer hat der Reichskanzler im Frühjahr 1912 ins Treffen geführt, als die Rentenbedingung für die Reichsvorlagen auf der Tagesordnung des Bundesrats stand. Damals ist der Reichskanzler auch mit seiner Meinung durchgedrungen, und der Bundesrat beschloß einstimmig, die Aufhebung der „Liebesgabe“ dem Reichstage vorzuschlagen.

Als preussischer Antrag wird der Entwurf des Reichsschatzamtens zweites dem preussischen Staatsministerium vorgelegt werden und erst, wenn er dessen Zustimmung gefunden hat, an den Bundesrat gehen. Im preussischen Staatsministerium drängen aber erhebliche Schwierigkeiten, denn wie verläuft, ist der preussische Finanzminister Dr. Senke ein entschiedener Gegner jeder Art der Vermögenszuwachssteuer. Dr. Senke hat sich seinerzeit entschieden gegen jede Form der Vermögenszuwachssteuer ausgesprochen. Den Vorschlag des Landrats v. Dewitz, der dahin geht, von dem jährlichen Vermögenszuwachs, sobald er 3000 M. übersteigt, eine Steuer zu erheben, hat er aus sittlichen, finanzpolitischen und technischen Bedenken bekämpft. Ähnliche Vorschläge (Benzigen, Krugel und Weizenborn) hat er ebenfalls als unbrauchbar bezeichnet. Der Reichskanzler dürfte daher im Staatsministerium mit seinem Steueregedanken auf starken Widerstand stoßen.

Sollte es aber auch gelingen, den preussischen Finanzminister umzustimmen, so ist es noch fraglich, ob sich im Bundesrat eine Mehrheit finden wird. Es wird uns von durchaus vertrauenswürdiger Seite versichert, daß die Besitzsteuerfrage möglicherweise eine Wendung nehmen kann, die uns plötzlich vor eine innerpolitische Krise stellt.

Daß Bethmann mit seinem Besitzsteuerplan im Bundesrat nicht allzu viel Gegenliebe gefunden hat, ist ja bekannt, ebenso, daß der preussische Finanzminister Senke sich schon früher gegen die Vermögenszuwachssteuer ausgesprochen hat.

Neu ist, daß Senke auch jetzt noch dem Bethmannschen Projekt Widerstand leistet.

Bethmann hat also nicht einmal das preussische Staatsministerium geschlossen hinter sich. Trotzdem hält er mit einer Energie an seiner Vermögenszuwachssteuer fest, die einer besseren Sache würdig wäre. Das Bestreben, um keinen Preis die Herzen konservativen zu verstimmen, ist eben bei Bethmann so stark, daß daneben alles andere für ihn in den Hintergrund tritt.

Deutsches Reich.

Das Ende der sozialpolitischen Woche im Reichstag.

Der letzte Tag der Generaldebatte war fast ausschließlich der Erörterung der sogenannten Mittelstandsfragen gewidmet. Die Redner der verschiedenen bürgerlichen Parteien brachten die üblichen Redemengungen, die bisher noch keinen Handwerkermann fett gemacht haben und auch in Zukunft nicht mehr Erfolg haben dürften. Wie die Sozialdemokratie über diese Probleme denkt, sagte Genosse Brühns in frischer und wirkungsvoller Darlegung aus. Die Sozialdemokratie, die nicht einfach um die Gunst des Mittelstandes werben will, sieht die Existenzfragen dieses Standes nicht losgelöst von den großen wirtschaftlichen Zusammenhängen, und sie kann daher für ihre Politik beanspruchen, daß sie fester begründet und — um das Wort zu gebrauchen — viel eher realpolitisch ist. Genosse Brühns hielt dem wohlwollenden Vortragsmann all der Redner aus den anderen Parteien die viel hereditäre Tatsache entgegen, daß die Besetzung der letzten Jahre gerade die Handwerker mindestens in demselben Maße wie die Arbeiter getroffen hat. Handelspolitik, Finanzreform, Reichsversicherung — das sind die wichtigsten und entscheidenden Kapitel der bürgerlichen Mittelstandspolitik! Eine wohlverstandene und dem natürlichen Gange der Entwicklung entsprechende soziale Politik würde dem Mittelstand sicherlich mehr nützen, als neben jener rückwärtigen Besetzung die hier und da getroffenen ästhetischen Maßnahmen, die selbst den größten Schaden anrichten. Unser Redner brachte für die unheilvollen Wirkungen, die beispielsweise die Zwangsammungen hervorgerufen, überzeugendes Material bei. Der Terrorismus, der von diesen Organisationen regelmäßig geübt wird, gab ihm Gelegenheit, die Angriffe gegen unsere Partei zurückzuweisen, der ja mit Vorliebe gerade dieser Vorwurf gemacht wird. Und es verzeihle den Eindruck auch auf die anderen Parteien des Hauses nicht, als Brühns die Entstehung eines Streits schilderte und die Stimmungen, die den streifenden Arbeiter-beherrschten müssen. Die trübselige Sehnsucht nach einem Ausnahmengesetz beantwortete er mit der Versicherung, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften vor irgend welchen vergeblichen Zwangsmitteln nicht die geringste Furcht haben.

Vor ihm hatte der Fortschrittler Hoff bereits über diese Frage gesprochen. Derweise Redner hielt der konservativen Heuchelei über sozialdemokratisch-liberale Abkommen die Bereitwilligkeit vor, mit der gerade konservative Staatsmänner, wenn Not am Mann war, ein sozialdemokratisches Verlöblich nachsuchten. Der Reichsparteiler Barmanth und ein nicht gerade rühmlich bekannter sozialdemokratischer Abgeordneter

und hüllte sich in die Umkleekabine. Er erhebt sich und blickt auf die Uhr. Die Uhr zeigt 10 Uhr 10 Minuten. Er schreut auf und ruft: „Hör er stand!“

für die Rückführung der bürgerlichen Schichten folgte eine neue Bewegung in den bürgerlichen Schichten. Seit langem besteht man bei dem